

Hauptversammlung des Bezirksverbandes DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg
am 14. Dezember 2013

Dringlichkeitsantrag

Einreichende: Halina Wawzyniak, Reza Amiri

Die Hauptversammlung möge beschließen:

Das Protestcamp der Geflüchteten am Oranienplatz in Kreuzberg muss bleiben!

Vor knapp 14 Monaten haben sich Asylsuchende in Deutschland gemeinsam mit Unterstützer*innen geschlossen auf den Weg nach Berlin gemacht, um gegen die Asylbedingungen und Zustände zu protestieren, denen Geflüchtete hierzulande ausgesetzt sind. Die Asylbedingungen in Deutschland sind für viele unerträglich.

Viele Asylsuchende traten im Frühjahr 2012 in den Streik. Dieser Streik stieß im gesamten Bundesgebiet auf breite Solidarität. Immer mehr Asylsuchende und Unterstützer_innen schlossen sich den Protesten an, um gegen die inhumanen Asylbedingungen in Deutschland zu protestieren. Im Herbst 2012 machten sich zahlreiche Protestierende aus dem gesamten Bundesgebiet zu Fuß auf den Weg nach Berlin. Ziel war der Oranienplatz in Kreuzberg. Dort hat sich seit den letzten Monaten eine besondere Form des Protests gegen die Asylbedingungen hierzulande entwickelt. Sie protestieren friedlich und selbstorganisiert.

Die dort organisierten Geflüchteten betrachten das Camp auf dem Oranienplatz bewusst als einen Ausdruck ihres Protests. Dass hierzu auch das Schlafen, sowie Essen und Trinken gehört und einen politischen Protest nicht ausschließt, muss politisch akzeptiert werden. Die Protestierenden machen auf dem Oranienplatz auf ihre Forderungen nach einem Umdenken in der deutschen Asylpolitik aufmerksam: Der Stopp aller Abschiebungen, die Schließung aller Lagerunterkünfte, die Abschaffung der Residenzpflicht und das Recht auf Arbeit, Bildung, selbstbestimmtes Wohnen und Bewegungsfreiheit.

Innensenator Frank Henkel hat kürzlich die Räumung des Protestcamps verkünden lassen und dem Bezirk Friedrichshains-Kreuzberg ein Ultimatum gesetzt: Sollten die Protestierenden vom Bezirk nicht bis zum 16. Dezember 2013 den Oranienplatz verlassen haben, wird dieser polizeilich geräumt werden. Nun verkündet Frank Henkel, dass der Senat am 7. Januar dem Bezirk eine Anweisung zur Räumung des Camps erteilen wird. Sollte der Bezirk jedoch nicht tätig werden, kann der Senat ab dem 18. Januar die Zelte auf dem Oranienplatz räumen. Laut Senatsverwaltung für Inneres handelt es sich bei dem Camp lediglich um eine Unterkunft. Die Protestierenden könnten das Versammlungsrecht somit nicht in Anspruch nehmen.

Wir teilen diese Auffassung nicht und lehnen die Räumung des Protestcamps entschieden ab. Der Oranienplatz ist für die Geflüchteten und ihre Unterstützer_innen ein wichtiger und vor allem demokratisch legitimer Ort des Protests und soll – wenn die Geflüchteten dies wünschen – erhalten bleiben.

Eine polizeiliche Räumung birgt zudem die große Gefahr, dass die Situation vor Ort eskaliert. Wir hingegen fordern eine friedliche und vor allem gemeinsame Lösung. Vielmehr muss nun der Austausch zwischen allen Beteiligten und den politischen Verantwortlichen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene in Form eines runden Tisches vorangetrieben werden.

Wir fordern den Senat auf, sich für eine aufenthaltsrechtliche Anerkennung der an den Protesten beteiligten Flüchtlingsaktivisten vom Oranienplatz und der besetzten, ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule einzusetzen, statt sie zu kriminalisieren. Für die Lampedusa-Flüchtlinge bietet

sich, im Rahmen einer Gruppenregelung, eine Bleiberechtlösung nach § 23 Abs.1 Aufenthaltsgesetz an.

Für die Flüchtlingsaktivisten, die die Residenzpflicht verletzen mussten, um sich an den Protesten in Berlin zu beteiligen und ihr Demonstrationsrecht wahrzunehmen, käme ein Austausch bei den Aufnahmekontingenten von Flüchtlingen, zwischen Berlin und den jeweils zuständigen Bundesländern, in Frage.

Durch eine aufenthaltsrechtliche Anerkennung würden die diskriminierenden Gesetze nicht abgeschafft. Aber immerhin würden den Flüchtlingen, die sich unter großen Entbehrungen und Risiken seit über einem Jahr in unserem Bezirk, für die Humanisierung deutscher und europäischer Flüchtlingsgesetze einsetzen, eine Perspektive geboten zukünftig legal in Berlin leben zu können.